

Angewandte Strategien zur Stabilisierung europäischer 'Entleerungsregionen'

Kontext, Fragestellung und Methodik des Forschungsprojektes

Markus Löwer

*Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Geographie, Orts-,
Regional- und Landesentwicklung/ Raumplanung
(Deutschland)*

Zusammenfassung: Der voranschreitende demografische Wandel verschärft die bestehenden räumlichen Disparitäten im Europa der Regionen. Dabei verzeichnen vor allem periphere und strukturschwache Räume Bevölkerungsverluste, die regional zu Entleerungserscheinungen führen. Mit Hilfe der europäischen Regional- und Strukturpolitik wird versucht, eine Abkopplung solcher benachteiligter Gebiete von der europäischen Gesamtentwicklung zu verhindern. Jedoch stellen die zahlreichen gravierenden Folgeerscheinungen von Entleerung diese Regionen vor große Herausforderungen und drängen sie an den Rand ihrer Trag- und Leistungsfähigkeit. Das Dissertationsprojekt untersucht in vier europäischen Entleerungsregionen Anpassungsstrategien an die Folgen dieser Entwicklung. Dabei liegt der Fokus auf dem institutionellen Vorgehen regionaler, administrativer und privater Akteure innerhalb endogener Regionalentwicklungsinitiativen.

Keywords: *Demografischer Wandel, endogene Regionalentwicklung, Anpassungsstrategien, europäische Mehrebenenverflechtung, empirische Sozialforschung, Evaluierung*

Einleitung

Das Dissertationsprojekt widmet sich der Fragestellung, ob es in europäischen Entleerungsregionen angewandte Strategien gibt, mit denen es gelingt, eine Stabilisierung solcher Regionen herbeizuführen. Dabei wird Entleerung als ein dynamischer und nicht-linearer Prozess verstanden. Das heißt, auftretende Entwicklungen bspw. der Bevölkerungszahl verlaufen wellenförmig, gegenläufig und auf regionaler Ebene kaum sachgerecht vorhersehbar. Ziel der angewandt-geographischen Untersuchung ist, Erfolgsfaktoren und Hemmnisse regionaler Selbststeuerungsmechanismen in Entleerungsregionen zu identifizieren und hinsichtlich ihrer Übertragbarkeit auf die deutsche

Raumordnung und Regionalentwicklung zu bewerten. Die Operationalisierung solcher Erfolgsfaktoren innerhalb der europäischen Mehrebenenpolitik soll den Schlusspunkt der Arbeit bilden und so vor allem einen Beitrag zur aktuellen Diskussion rund um die Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsgrundsatzes innerhalb der deutschen Raumordnung leisten.

Raumstruktur, demografischer Wandel und räumliche Disparitäten in Europa

Europa ist durch eine stark heterogene Raumstruktur geprägt. Neben großen Agglomerationszentren finden sich ländliche, zum Teil periphere Räume. Die sehr unterschiedliche räumliche Bevölkerungsverteilung sowie die räumliche Akkumulation von sozioökonomischen Aktivitäten führen auf der einen Seite zu sehr hohen Bevölkerungsdichten in den europäischen Metropolen. Ländliche Räume indes sind in der Regel durch eine geringere Bevölkerungsdichte geprägt und weisen ebenfalls eine meist geringere wirtschaftliche Aktivität, insbesondere in den Wirtschaftsbereichen mit hoher Innovationskraft und einem starken Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben, auf (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2006). Auf der regionalen Ebene der EU (NUTS 2) variiert das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwischen rund 290 % (Inner London, Großbritannien) und 23 % (Nord-Est, Rumänien) gemessen am EU-Durchschnitt des Pro-Kopf-BIP. Die jüngsten Erweiterungen der EU haben die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede – vor allem auf regionaler Ebene – weiter erheblich verschärft (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005, Europäische Kommission, GD Regionalpolitik 2008, Maretzke 2006).

Die bestehenden räumlichen Disparitäten der Bevölkerungsverteilung, der Wirtschaftskraft und der Erreichbarkeit von zentralen Einrichtungen im Sinne des zentralörtlichen Systems werden durch den voranschreitenden demografischen Wandel in Europa zusätzlich weiter verstärkt. Dabei wird die Gesamtbevölkerung in der EU in den nächsten Jahrzehnten insgesamt nur leicht schrumpfen. Jedoch werden sich die Zusammensetzung und die räumliche Verteilung der Einwohner zusehends stärker verändern. So wird das Medianalter in der EU zwischen 2004 und 2050 von 39 auf voraussichtlich 49 Jahre steigen. Die Zahl der jungen Menschen (unter 15 Jahre) wird von ca. 100 Millionen im Jahr 1975 auf etwa 66 Millionen im Jahr 2050 zurückgehen. Die erwerbsfähigen Personen (15 bis 64 Jahre) werden um das Jahr 2010 einen Höchststand von 331 Millionen erreichen, um in den folgenden vier Dekaden auf rund 268 Millionen Personen zurückzugehen. Lediglich die Zahl der Personen im Alter von 65 Jahren und älter wird deutlich von im Jahr 2005 rund 77 Millionen auf ca. 130 Millionen im Jahr 2050 zunehmen. Der Altersquotient wird von zurzeit rund 25 % auf ca. 53 % im Jahr 2050 ansteigen. Diese Entwicklungen zeichnen sich auf der nationalen Ebene gegebenenfalls erst in einigen Jahren deutlich ab, auf der regionalen Ebene sind diese bereits

heute vielerorts merklich zu spüren (European Commission 2007, Lanzieri 2006). Der demografische Wandel erfasst nicht alle Regionen im gleichen Maße, sondern läuft im Hinblick auf Geschwindigkeit und Intensität räumlich heterogen ab. Dabei sind häufig solche Regionen am meisten von negativen Auswirkungen des demografischen Wandels betroffen, die ohnehin unter ökonomischen Gesichtspunkten als unterdurchschnittlich einzustufen sind (Bucher 2004). In Regionen mit Bevölkerungszuwächsen ist dieser Anstieg meist auf eine positive internationale und interregionale Wanderung zurückzuführen und wird gegebenenfalls durch eine positive natürliche Bevölkerungsentwicklung unterstützt. Aufgrund der geringen Fertilitätsraten in fast allen Teilen Europas bilden die nationalen und internationalen Wanderungen jedoch den primären Motor für regionale Bevölkerungsveränderungen. Profitiert haben von diesen Wanderungen dabei in der Vergangenheit die wirtschaftlich erfolgreichen Agglomerationsräume, meist zum Leidwesen strukturschwacher ländlicher Räume. Auch für die Zukunft ist hinsichtlich dieser Entwicklung derzeit kein Trendbruch erkennbar (Gans 2006, Lanzieri 2007).

Regionalentwicklung im Mehrebenensystem der Europäischen Union

Aufgrund der bestehenden räumlichen Disparitäten im Verhältnis zum wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsstand zwischen europäischen Regionen verfolgt die Europäische Union eine Ausgleichspolitik mit dem Ziel, die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen abzubauen und solche Regionen mit unterdurchschnittlicher Performanz mit Hilfe von finanziellen Fördermitteln an das Entwicklungsniveau des durchschnittlichen europäischen Entwicklungsstandes heranzuführen. Die Europäische Union beruht dabei auf gemeinsamen Werten und Strategien, die von den Mitgliedsstaaten „zum Wohle der Menschen“ (Europäische Kommission, GD Regionalpolitik 2008, S. 4) vereinbart wurden. Eine grundsätzliche Solidarität zwischen den europäischen Völkern und Regionen soll durch die europäische Regionalpolitik operationalisiert werden. Grundlage für diese weitreichende europäische Förder- und Strukturpolitik ist eine Fokussierung auf die regionale Ebene, da in dieser eine für eine querschnitts- und problemorientierte sowie integrierte Entwicklung am besten geeignete räumliche Abgrenzung gesehen wird (Grabski-Kieron 2005).

Dabei orientiert sich die europäische Regional- und Strukturpolitik bei der Abgrenzung der Zielgebiete für den Einsatz der Förderinstrumente nach wie vor an den administrativen Strukturen regionaler Abgrenzung (Europäische Kommission, GD Regionalpolitik 2008). Tatsächlich hat sich das Verständnis von Region aber seit den 1990er Jahren erheblich verändert, wobei zunehmend ein „offener“ Regionsbegriff in den Vordergrund rückt (Blotevogel 1996, S. 44ff., Danielzyk 1999). Diese Veränderungen im Regionsverständnis greifen jedoch die Instrumente der europäischen Regionalpolitik auf, indem sie die problemzentrierte Zusammenarbeit von offenen Regionen im obigen Sinne häufig als Grundlage für die Vergabe von Fördermitteln fordert.

Mit diesen Förderinstrumenten und den daran gebundenen finanziellen Mitteln übt die Europäische Union auch ohne normierten europäischen Auftrag zur Raumordnung und -entwicklung einen nicht zu unterschätzenden Einfluss in europäischen Regionen aus (Grabski-Kieron 2005). Dabei steuert sie die räumliche Entwicklung einerseits entlang der im EUREK aufgestellten europäischen Leitbilder der räumlichen Entwicklung und andererseits im Auftrag der gesetzlich verankerten Grundsätze einer europäischen Ausgleichspolitik mit dem Ziel der Herstellung einer harmonischen räumlichen Entwicklung (siehe Art. 2 Abs. 2 EUV, Art. 158 Abs. 1 EGV).

Europäische Regionalpolitik

Das Ziel der Kohäsionspolitik sowie ihrer Förderinstrumente in der Periode 2007 bis 2013 ist mehr Wachstum und Beschäftigung für alle Regionen und Städte der Europäischen Union zu generieren. Dabei werden verteilt über die siebenjährige Förderperiode 347,4 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt. Dies entspricht einem guten Drittel des gesamten EU-Haushalts. Die Kohäsionspolitik verfolgt dabei drei Hauptziele (Europäische Kommission, GD Regionalpolitik 2008):

1. Ziel „Konvergenz“: Dieses Ziel betrifft 84 europäische Regionen in 17 Mitgliedstaaten mit einer Bevölkerung von 154 Mio. Menschen, wobei deren BIP pro Kopf weniger als 75 % des EU-Durchschnitts beträgt. Weitere 16 Regionen werden als Phasing-out Regionen noch auf Auslaufbasis einige Zeit unterstützt. Rund 283 Mrd. Euro stehen insgesamt für dieses Ziel zur Verfügung.
2. Ziel „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“: 168 Regionen in 19 Mitgliedstaaten mit 314 Mio. Einwohnern liegen in diesem Zielgebiet und können über Fördermittel von rund 55 Mrd. Euro verfügen. Dabei werden vor allem Investitionen in Infrastruktur, Humanressourcen sowie Modernisierung und Diversifizierung der regionalen Wirtschaft mit dem Ziel der Steigerung des Wachstums und Wohlstands sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt.
3. Ziel „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“: Eine verstärkt grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit soll mit diesem Ziel gefördert werden. Derzeit bestehen 13 transnationale Kooperationsgebiete, in denen rund 182 Mio. Einwohner und somit 37,5 % der EU-Bevölkerung leben. Insgesamt stehen für dieses Ziel 8,7 Mrd. Euro zur Verfügung.

Die wichtigsten Investitionsbereiche des kohäsionspolitischen Programms sind:

- Wissen und Innovation,
- Verkehr,
- Umweltschutz und Risikoprävention sowie
- Humanressourcen.

Den drei genannten Zielen sind drei Strukturfonds zugeordnet, in denen die Mittel für die Förderung gebündelt werden: der Europäische Fond für regionale Entwicklung (EFRE), der Kohäsionsfonds und der Europäische Sozialfond (ESF) (siehe Europäische Kommission, GD Regionalpolitik 2008, S. 9).

Ländliche Entwicklung als Teil einer gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union

Neben der Kohäsionspolitik der EU ist die Bedeutung der europäischen Agrarpolitik (GAP) für die Förderung ländlicher Entwicklung seit der Konferenz von Cork Mitte der 1990er Jahre deutlich gewachsen. Seither geht die Orientierung der GAP über die alleinige landwirtschaftliche Produktion hinaus und bezieht die strukturpolitische Einflussnahme auf die ländliche Raumentwicklung mit ein. Deutlicher Ausdruck dieses Politikwechsels ist die Etablierung der so genannten Zweiten Säule der GAP als Agrarstrukturpolitik, die die klassische Agrarpolitik der Ersten Säule ergänzt. Damit fand die integrierte ländliche Entwicklung als Leitthema der Regionalpolitik auch ihren Niederschlag in der Agrarstrukturpolitik (Grabski-Kieron & Krajewski 2007). In der aktuellen Förderperiode 2007 bis 2013 werden die agrarstrukturellen Fördermaßnahmen im „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes“ (ELER) gebündelt und verfolgen dabei drei Ziele (Europäische Kommission 2004):

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft,
- Schutz von Umwelt und Landschaft,
- Steigerung der Lebensqualität in ländlichen Gebieten und Förderung der wirtschaftlichen Diversifizierung.

Diese drei Achsen der ELER-Verordnung werden noch um die Querschnittsaufgabe LEADER ergänzt (vgl. Verordnung (EG) Nr. 1698/2005). Dabei bleibt der akteursbezogene bottom up-Ansatz wichtiges Kennzeichen einer solchen regionalen Entwicklungsinitiative, die an den kleinregionalen endogenen Potenzialen ansetzt. Der Politik zur ländlichen Entwicklung (Zweite Säule der GAP) stehen in der derzeitigen Förderperiode knapp 70 Mrd. Euro zur Verfügung (Grabski-Kieron & Krajewski 2007, Reimer 2007).

Endogene Regionalentwicklung

Die endogene Regionalentwicklung bietet dem LEADER-Ansatz das Fundament der kleinregionalen, akteursbezogenen Vorgehensweise. Endogenes Potenzial wird dabei grundsätzlich als Entwicklungspotenzial beschrieben, welches sich aus mehreren Teilpotenzialen zusammensetzt, die sich ihrerseits in mehrere Potenzialfaktoren gliedern lassen. Alle Teilpotenziale zusammen bestimmen Art und Umfang von Aktivitäten und Nutzungen, die in einer Region zur Erzeugung von Wohlfahrt ausgeübt werden (Thoss 1984). Endogen wird dabei so verstanden, dass die Potenzialfaktoren Basis für die regionalen

Wirtschaftsaktivitäten sind, ohne dass diese Aktivitäten aus von außen kommenden Einflüssen resultieren (Grabski-Kieron & Knieling 1994). In ihrer regionalspezifischen Zuordnung zueinander und Ausprägung stellen sie quasi die „Begabung des Raumes“ (Stiens 1992, S. 139) dar. Wichtig zu erwähnen ist dabei, dass nicht ausgenutzte oder nicht erkannte Potenzialfaktoren mit nicht wahrgenommenen Entwicklungschancen gleichzusetzen sind (Grabski-Kieron 2005).

Endogene Regionalentwicklungsstrategien können aufgrund ihrer Gründung auf die regional vorhandenen Begabungen und Talente, verbunden mit der ihnen eigenen partizipativen Prozessgestaltung, einen Beitrag zu einer nachhaltigen Raum- und Regionalentwicklung leisten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass in der entsprechenden Region eine „kritische Masse“ an „Begabungen“, insbesondere von angesehenen Multiplikatoren, vorhanden sein muss (Grabski-Kieron 2005; Knieling 2000).

Im Rahmen von endogenen Entwicklungsstrategien ist häufig eine finanzielle Förderung zum „Empowering“ der regionalen Akteure mit dem Ziel des „Capacity Building“ erforderlich. Insbesondere in stark strukturschwachen, ggf. von Entleerung betroffenen Regionen, in denen keine erforderliche kritische Masse von Begabungen mehr vorzufinden ist, muss den verbliebenen (potenziellen) Akteuren eine Möglichkeit gegeben werden, sich hinsichtlich ihrer Begabungen zu Promotoren einer endogenen Entwicklung zu qualifizieren. Die Unterstützung solcher regionaler Lernprozesse zur Initiierung und Verfestigung endogener Entwicklung greifen die aufgezeigten Instrumente der europäischen Regionalentwicklung auf und stellen hierfür Mittel zur Verfügung.

Das Dissertationsprojekt unterliegt diesen Rahmenbedingungen der Regionalentwicklung innerhalb der europäischen Mehrebenenverflechtungen, auch wenn an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen zu den horizontalen und vertikalen Verschränkungen zwischen der regionalen Ebene und den über- und untergeordneten räumlichen (Planungs-)Ebenen sowie Fachplanungen gemacht werden können. Das Konzept der endogenen Regionalentwicklung spielt jedoch für das beschriebene Dissertationsprojekt eine zentrale Rolle.

Entleerungsprozesse als Herausforderung für eine nachhaltige ländliche Raumentwicklung

In ländlichen Räumen mit Entleerungsprozessen oder -erscheinungen besteht die Gefahr, dass diese Regionen aufgrund der sehr niedrigen Bevölkerungsdichte unter die minimale Tragfähigkeitsgrenze geraten. Die Sicherung der Daseinsvorsorge in diesen Lebens- und Wirtschaftsräumen ist insbesondere aus ökonomischen Gründen bedroht (Keim 2006). Die reale Raumentwicklung widerspricht somit in zunehmendem Maße dem Raumordnungsparadigma, des Ziels der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Teilräumen. Gleichzeitig führt die Zunahme von Schrumpfungs- bzw. Entleerungsregionen

zu einer Hinterfragung des Ziels der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Diese indikatorengestützte Ausgleichspolitik unterliegt daher einer kontroversen und polarisierten Diskussion, wobei die Meinungsstränge von Neuausrichtung der Instrumente bis hin zur Abschaffung der Ausgleichspolitiken und damit des Gleichwertigkeitsziels selbst reichen (vgl. Brake 2007, Hahne 2005).

Neben dieser theoretischen und programmatischen Diskussion, die für eine zukünftige Bestimmung des weiteren Umgangs mit dem Gleichwertigkeitsziel, dessen Annahmen und Wirkungsgefügen, unerlässlich ist, ergeben sich aufgrund von Entleerungserscheinungen aktuelle und alle Bereiche des Lebens betreffende Herausforderungen.

Da die Gemeinden in Deutschland nach Art. 28 Abs. 2 GG die Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln haben, und hierzu auch die Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen zur Sicherung der Lebensqualität zählt, sind die Gemeinden maßgebliche Akteure in der Bewältigung der Folgen von Entleerungserscheinungen (vgl. Frey & Brake 2005, Ministerkonferenz für Raumordnung 2003). Insbesondere in kleineren Gemeinden kann es daher dazu kommen, dass ihre Tragfähigkeit und ihr Bestand aufgrund eines Fehlens einer notwendigen kritischen Masse für die kommunale Selbstverwaltung in Frage gestellt wird (vgl. Beirat für Raumordnung 2001, Keim 2006).

Als Folgeerscheinungen von Entleerungsprozessen können weiterhin eine degressive Wirtschaftsentwicklung (Lang & Tenz 2003, S. 103ff.), die Schwächung der Innovationskraft (vgl. Blum 1998, S. 54ff., Löwer 2008), der Zusammenbruch der Immobilienmärkte einhergehend mit einer teilweisen oder gänzlichen Kapitalvernichtung (vgl. Banse et al. 2004, Just 2003), Tragfähigkeitsprobleme bei der Wohnfolgeinfrastruktur (vgl. Winkel 2002), insbesondere bei sozialen und medizinischen Infrastruktureinrichtungen wie Schulen (vgl. Kocks 2004, S. 26f., Leinhos 2003, S. 53ff., Löwer 2006), Hausärzten (vgl. Grabski-Kieron & Löwer 2007) und Pflege- und Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen (Doubek & Hiebl 2001) aufgeführt werden. Ebenso problematisch ist die Anpassung der technischen Infrastruktur sowie der Verkehrsinfrastruktur (vgl. Haug 2004, Koziol 2004, S. 69ff., Schiller & Siedentop 2005, S. 86).

Neben ökonomischen und sozialen Folgen von Entleerung sind auch ökologische Aspekte von Bedeutung (vgl. Heiland et al. 2005). Dabei darf die Frage nach Naturgefahren wie Hochwasser, Hangrutschungen, Epidemien etc. nicht vergessen werden. Solche möglichen gesellschaftlichen Folgekosten aufgrund ökologischer Veränderungen durch Entleerung sind bisher kaum untersucht worden und somit nicht bezifferbar.

Zudem befinden sich die meisten öffentlichen Haushalte von Kommunen mit Schrumpfungerscheinungen in einer Finanzkrise. Bei Kommunen in Entleerungsregionen verschärft sich diese Problemlage zusätzlich, da gleichzeitig die Frage nach der Notwendigkeit des Fortbestandes solcher von Entleerung betroffenen Kommunen aufgeworfen wird (vgl. Haacke 2005, Haug 2004). In Regionen mit starken

Entleerungserscheinungen dürfte selbst das Modell einer interkommunalen Kooperation bzw. Fusion von Gemeinden kaum Synergieeffekte solcher Größenordnung erzielen, dass eine Mach- und Finanzierbarkeit der erforderlichen kommunalen Aufgaben nachhaltig möglich wäre (Schönig 2003).

Aus makroökonomischer Perspektive sind somit grundsätzlich drei unterschiedliche Strategien denkbar, wie Politik und Gesellschaft mit dem Problem von Entleerungsräumen umgehen könnte:

1. **Nullvariante:** es wird nichts unternommen und es erfolgt kein systematischer Eingriff in die Abwärtsspirale. Folgen einer solchen Strategie dürfte ein langsames Sterben der betreffenden Region mit entstehenden Orts- und Flurwüstungen sein – es kommt zur passiven Sanierung.
2. **Exogene Variante:** eine aktive nationale und regionale Einflussnahme mit dem Ziel, die Region bewusst, gesteuert und koordiniert zu entleeren.
3. **Endogene Variante:** durch eigenständige regionale Selbststeuerung eine gezielte endogene Herangehensweise stimulieren. Dadurch kann die negative regionale Abwärtsspirale durchbrochen und so ein „turn around“ der sozioökonomischen Entwicklung erzielt werden.

Welche der Strategien in betroffenen Regionen oder allgemein nationalstaatlich gewählt werden, ist letztlich eine gesellschaftspolitische Herausforderung und Entscheidung. Bisher wird im bundesdeutschen Raum jedoch bewusst nur die dritte Strategie verwendet. Die passive Sanierung läuft zusätzlich schleichend ab und ist nicht als bewusste politische Strategie kontextuiert.

Methodik

Das Dissertationsprojekt unterliegt einem interdisziplinären Ansatz, der aus den wissenschaftlichen Fachrichtungen der angewandten Geographie und Planungswissenschaft (Regionalentwicklung, Raumordnung, Planungstheorie und -methodologie), der Politik- und Sozialwissenschaft (Regional Governance, empirische Sozialforschung) sowie der raumrelevanten Rechtswissenschaften (europäisches und nationales Raumordnungsrecht etc.) besteht.

Die im Verlauf der Untersuchung zur Anwendung kommenden Methoden lassen sich wie folgt nennen. Eine detaillierte Beschreibung der Methoden folgt in den nachstehenden Abschnitten:

- Analyse von sekundärstatistischen Daten hinsichtlich Bevölkerungsentwicklung, sozioökonomischer Faktoren, Daseinsvorsorgeeinrichtungen etc.
- Analyse der rechtskräftigen Planwerke, Raumordnungsprogramme und raumrelevanten Entwicklungsleitbildern und der rechtlichen Vorgaben durch die überörtliche Raumordnung

- Durchführung von leitfadengestützten Experteninterviews der politischen Entscheidungsträger, der ‚Regionalplaner‘ und der gestaltenden Akteure in den Entleerungsräumen
- Evaluation der aufgezeigten Strategien, kriteriengestützte Ermittlung von Erfolgsfaktoren und Bewertung hinsichtlich der Übertragbarkeit

Die Ergebnisse der einzelnen Untersuchungsschritte werden separat für jede Region in einer Synthese zusammengeführt und anhand von definierten Kriterien hinsichtlich einer erfolgreichen Selbststeuerung zur Stabilisierung der jeweiligen Region betrachtet. Im nächsten Schritt erfolgt die Zusammenführung aller ermittelten Erfolgsfaktoren, deren Abgleich, Abstimmung und ggf. eine notwendige Gewichtung untereinander. Aufbauend auf diesen Erfolgsfaktoren erfolgt der Transfer der Ergebnisse in Bezug zur deutschen Raumordnung. Gegebenenfalls notwendige Anpassungen der Instrumente der Raumordnung bzw. Regionalentwicklung in Deutschland, der Förderinstrumente im Umfeld der Mehrebenenproblematik sowie der Steuerungsformen werden detailliert aufgezeigt und möglichst stark hinsichtlich einer Operationalisierbarkeit konkretisiert, damit die ermittelten erfolgreichen Selbststeuerungsmechanismen ihre positive Wirkung auch in deutschen Entleerungsräumen zielführend entfalten können – jedenfalls dann, wenn diese in das bestehende Instrumentenset der Raumordnung und Regionalentwicklung implementiert werden sollten.

Sekundärstatistische Analyse und Analyse von Planfassungen

Diese deskriptive Herangehensweise (Kromrey 2002, S. 68) wird auf bereits vorliegende Texte und Daten aus Statistiken, Prognosen, Studien und Planwerken in Form von Entwicklungskonzepten und ähnlichem bezogen. Diese statistischen und planerischen Veröffentlichungen werden mit Hilfe einer sekundärstatistischen Analyse in die Untersuchung integriert (vgl. Wessel 1996, S. 92ff.). Dabei wird auf Querschnitt- wie auch auf Längsschnittuntersuchungen Bezug genommen. Aufgrund der Kombination aus statischen und dynamischen Analysen mit horizontalen und vertikalen Maßstabsebenen „eignet sich dieses Analyseverfahren insbesondere für alle regionalwissenschaftlichen Problemstellungen, deren Klärung Daten über die sozioökonomische Raumstruktur und ihre Entwicklung [...] erfordert“ (ebd., S. 94).

Leitfadengestützte Experteninterviews

Das Experteninterview ist „eine besondere Form des Leitfadeninterviews“ (Mayer 2002, S. 37). Nach Bortz & Döring (2002) ist das Experteninterview als eine Variante qualitativer Einzelbefragungen ein „Sammelbegriff für offene oder teilstandardisierte Befragungen von Experten zu einem vorgegeben Bereich oder Thema“ (S. 314). Hierbei ist kennzeichnend, dass der Befragte „hier weniger als Person [...], sondern in seiner Funktion als Experte für

bestimmte Handlungsfelder“ (ebd., S. 37) interessiert. „Der Befragte ist Informationslieferant für Sachverhalte, die den Forscher interessieren“ (Lamnek 2005, S. 333).

Der Leitfaden mit offen formulierten Fragen „dient als Orientierung bzw. Gerüst“, die „Vergleichbarkeit der Daten wird erhöht und zum Anderen gewinnen die Daten durch die Fragen eine Struktur“ (Mayer 2002, S. 36). Neben dieser „Steuerungsfunktion“ (ebd., S. 37) fällt dem Leitfaden weiterhin die Aufgabe zu, dem Befragten zu verdeutlichen, „dass er [der Interviewer, Anm. d. V.] mit der Thematik vertraut ist“ (ebd., S. 37).

Der Experte wird „nicht als Einzelfall, sondern als Repräsentant einer Gruppe in die Untersuchung einbezogen“ (Flick 1999, S. 109). Wer dabei als Experte „angesprochen wird, ist in erster Linie abhängig vom jeweiligen Forschungsinteresse. [...] Als Experte wird angesprochen,

- wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung oder
- wer über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt“ (Meuser & Nagel 1991, S. 443).

Das Ziel des Experteninterviews ist es

„im Vergleich mit anderen ExpertInnenintexten das Überindividuell-Gemeinsame herauszuarbeiten, Aussagen über Repräsentatives, über gemeinsam geteilte Wissensbestände, Relevanzstrukturen, Wirklichkeitskonstruktionen, Interpretationen und Deutungsmuster zu treffen“ (ebd., S. 452).

Dieses Expertenwissen ist nach zwei Formen zu unterscheiden – dem Betriebswissen und dem Kontextwissen. Das Betriebswissen ist im Allgemeinen durch einen objekttheoretischen Fragen- und Aussagenkomplex gekennzeichnet, das Kontextwissen hingegen spiegelt die Betrachtung eines Sachverhaltes wieder (ebd., S. 445ff.).

„Das Betriebswissen schließt das Handlungsfeld der Experten auf, das Kontextwissen liefert komplementäre, aber notwendige Informationen zur Fragestellung. Im ersten Fall sind die Experten [...] die Zielgruppe der Untersuchung selbst, im zweiten Fall ergänzen die Aussagen andere Erhebungsformen“ (Pohl 1998, S. 105).

Angewandt auf dieses Dissertationsprojekt werden all jene Personen als Experten verstanden, die innerhalb partizipatorisch angelegter Selbststeuerungsmechanismen direkt oder indirekt involviert oder als (externe) Macht- bzw. Fachpromotoren beteiligt sind. Hinsichtlich der konkreten Auswahl von Experten für die Interviews ist eine nachvollziehbare Systematik aufzuzeigen (vgl. Flick 1999, S. 78ff., Mayer 2002, S. 37ff.). Für jede der vier europäischen Fallstudienregionen muss ein solches Sample an Experten zusammengestellt werden. „Dabei gilt es, zwei sich widersprechende Kriterien zu berücksichtigen, [das; Anm. d. V.] der Ökonomie und der Vollständigkeit“ (Mayer 2002, S. 39).

Für die Auswertung der Experteninterviews wird das Auswertungsverfahren nach Meuser & Nagel (1991) in leicht modifizierter Form gewählt. Da es in der vorliegenden Auswertung vor allem um das Kontextwissen geht, die Experten somit als „Lieferanten“ von Informationen dienen (vgl. Lamnek 2005), ist auch die Auswertungsmethodik hieran anzupassen (vgl. Meuser & Nagel 1991, S. 456ff.).

Bei der Auswertung ist selbstverständlich der Nachweis der Intersubjektivität der Methode zu erbringen. Dabei sind die auf die qualitative Forschung transformierten, klassischen Gütekriterien der quantitativen Forschung nach der Objektivität, der Gültigkeit und der Zuverlässigkeit anzuwenden (vgl. Bortz & Döring 2002, S. 326ff., Mayer 2002, S. 54ff.). Es ist daher eine Trias der Gültigkeit zugrunde zu legen: ökologische und kommunikative Validierung sowie die Validierung an der Praxis (vgl. Mayer 2002, S. 56).

Evaluierung und Bewertung

Unter Evaluierung werden an dieser Stelle

„Analysen verstanden, die darauf gerichtet sind, die Wirkungen politischen und administrativen Handelns, insbesondere von politischen Interventionen, Programmen, Projekten oder Maßnahmen zu erfassen und zu ermitteln, ob die beobachtbaren Veränderungen [...] auf die politischen Programme, Projekte usw. [...] kausal zurückzuführen seien“ (Wollmann 2000, S. 197).

Dabei wird eine „on-going Evaluierung“ (ebd. 2000, S. 198) durchgeführt, jedoch nicht mit dem primären Ziel, frühzeitige Rückkopplungen von Zwischenergebnissen und damit etwaigen Korrekturen im laufenden Programm- und Maßnahmevollzug einzubringen. Vielmehr ist das Ziel der Evaluierung, die Erfolgsfaktoren und Hemmnisse in den zu untersuchenden laufenden Prozessen herauszukristallisieren, um diese im späteren Verlauf verallgemeinern zu können. Die Evaluierung bezieht sich dabei auf die Interventionslogik der Verwaltungs- bzw. Institutionenpolitik. Diese Logik ist grundsätzlich durch einen Dreierschritt gekennzeichnet (ebd., S. 199f.). Die Interventionspolitik verfolgt als erstes und unmittelbar die Veränderung der politisch-administrativen Strukturen und Institutionen, sie nimmt daher direkt Einfluss auf die „polity“, also das institutionelle Gehäuse, in der das „policy making“ stattfindet. Eine solche Verwaltungspolitik wird daher auch als „polity policy“ bezeichnet (Dror 1968, S. 7f.). Die Veränderung der administrativen Strukturen wird jedoch nicht als Selbstzweck herbeigeführt, sondern mit diesen Maßnahmen wird eine Veränderung und Steigerung „der Leistungsfähigkeit (Effektivität), Wirtschaftlichkeit (Effizienz) usw. des Verwaltungshandelns (Performanz, Output)“ (Wollmann 2000, S. 199f.) angestrebt. Diese herbeigeführten Performanzveränderungen sollen dann im dritten Schritt weiterreichende gesamtwirtschaftliche oder verteilungspolitische Effekte (Outcomes) auslösen.

Anhand dieser drei Ziele lässt sich eine analytische Struktur für eine Evaluierung von Verwaltungspolitik im Allgemeinen und für regionale Entwicklungsprozesse im Kontext der Arbeit ableiten. Diese muss somit mindestens zwei oder drei Analyseschleifen durchlaufen. Die erste Analyse umfasst dabei die beabsichtigten institutionell-administrativen Veränderungen hinsichtlich eines Zielerreichungsgrads, wobei diese Veränderungen als abhängige Variablen von den sie bestimmenden Faktoren (unabhängige Variablen) zu identifizieren sind. Diese erste Analyseschleife wird als Institutionenevaluierung bezeichnet. Als zweite Schleife der Evaluierung folgt die Performanzevaluierung. Dabei soll untersucht werden, „ob und welche Veränderungen im Verwaltungshandeln (Performanz), z.B. [...] größere Kosteneffizienz, Qualität der Dienstleistung usw. (abhängige Variablen), [...] auf die Modernisierungspolitik und ihre Maßnahmen (unabhängige Variablen) [...] zurückzuführen sind“ (ebd., S. 200f.). In der dritten (ergänzenden) Analyseschleife stehen die Outcomes, also die im sozioökonomischen Umfeld der administrativen Reformen zu beobachtenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Veränderungen im Mittelpunkt, da diese ja meist das eigentliche Ziel einer Verwaltungsmodernisierung sind.

Bezogen auf das Dissertationsprojekt werden im oben beschriebenen Sinne also die angewandten Strategien mit dem Ziel der Stabilisierung von Entleerungsregionen in drei Phasen evaluiert. Erstens erfolgt eine Analyse der Strategie selbst, d.h. welche Strukturen und Institutionen werden im Prozess mit welchem Ziel verändert. Im zweiten Schritt wird die Performanz betrachtet. Welche Synergien werden erzielt bzw. inwieweit konnte durch institutionelle Veränderungen die Tragfähigkeit und Daseinsvorsorge unter qualitativen und quantitativen Aspekten stabilisiert oder sogar verbessert werden. Im dritten Schritt, in der Outcome-Schleife, sind Veränderungen hinsichtlich der regionalen Lebensqualität, der Nachhaltigkeit der Stabilisierung und der partizipatorischen Gründung der Strategien zu identifizieren.

Wie bereits mehrfach angedeutet, bezieht sich die Evaluierung auf ausgewählte Fallstudien und verfolgt somit ein heuristisches und exploratives Vorgehen (Mönneke 2001, S. 376, Wollmann 2000, S. 207). Um dem Problem der externen Validität zu begegnen und um eine zumindest weitgehend gesicherte Verallgemeinerungsfähigkeit herbeizuführen, erfolgt die Auswahl der Fallstudienregionen konzeptionell anhand von vordefinierten Merkmalen (Wollmann 2000, S. 208) (vgl. Kapitel 5.4).

Die Bewertung hinsichtlich des Erfolgs und der möglichen Übertragbarkeit der in den drei Analyseschleifen gewonnenen qualitativen Erkenntnisse erfolgt anhand eines verbalargumentativen Bewertungsrahmens (vgl. Scholles 2001).

Indikatoren-gestützte Raumanalyse und Auswahl der Untersuchungsregionen

Die wesentlichen Indikatoren der Raumanalyse können wie folgt kurz zusammengefasst werden, sodass potenzielle Fallstudien folgenden Kriterien genügen müssen:

- Die Region muss ländlich geprägt sein und den definitorischen Abgrenzungen ländlicher Räume der Europäischen Union entsprechen.
- Die Region entspricht in ihrer Größe und Abgrenzung in etwa den europäischen statistischen Einheiten auf NUTS 3-Ebene. In jedem Fall muss es sich um eine (administrativ) abgegrenzte Raumeinheit handeln.
- In der Region oder in einem überwiegenden Teil der Region muss es in der Vergangenheit zu deutlichen Bevölkerungsverlusten (im Vergleich zu benachbarten Regionen) gekommen sein und/oder immer noch kommen und in der Folge zu degressiven ökonomischen und sozialen Erscheinungen.
- Aufgrund von (teil-)räumlichen Entleerungserscheinungen haben die Disparitäten innerhalb der Region und/oder im interregionalen Vergleich zugenommen.
- Die Bevölkerungsverluste haben geführt oder führen zu einer prekären Situation der öffentlichen Haushalte und damit zur Schwierigkeit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- In der Region gibt es Bestrebungen zur Stabilisierung der Region und zur Aufrechterhaltung oder zur qualitativen Verbesserung der Lebensqualität in Form von abgestimmten und zielgerichteten Strategien und Maßnahmen.
- Die gewählten Strategien verfolgen dabei eine administrativ-institutionelle Reform der kommunalen Gebietskörperschaften.
- Zur Generierung und Umsetzung der Strategie werden partizipatorische Elemente zur aktiven Beteiligung der Bevölkerung implementiert, sodass eine endogene Entwicklung initiiert werden kann.

Die angewandte Stabilisierungsstrategie verfolgt das Ziel, die Region als Ganzes als Lebens- und Wirtschaftsraum attraktiv zu erhalten – und nicht etwa eine ‚aktive Sterbehilfe‘ zu leisten.

Anhand dieser, hier nur kurz skizzierten, Indikatoren wurden insgesamt vier europäische Fallstudien ausgewählt, jeweils eine Region pro Land: die Obersteiermark in Österreich, der Kanton Glarus in der Schweiz, der County Durham in England und die Westpfalz in Deutschland.

Stand der Forschungsarbeit

Die theoretische und konzeptionelle Grundlegung ist erfolgt und aus drei Regionen liegen bereits die notwendigen empirischen Daten vor. Im Herbst dieses Jahres erfolgt die weitere

Bereisung der deutschen Fallstudienregion zum Zweck der Gewinnung der empirischen Daten. Die Fertigstellung der Arbeit ist für den Sommer 2009 vorgesehen.

Literatur

- Banse, J., Effenberger, K.-H. & Möbius, M. (2004): Demographischer Wandel und Wohnungsbestandsqualitäten. In: Bundesbaublatt, 53. Jg., H. 12, S. 34-38
- Beirat für Raumordnung (2001): Konsequenzen und kritische Würdigung des Raumordnungsberichtes 2000 und der Raumordnungsprognose 2015. Bonn
- Blotevogel, H. H. (1996): Auf dem Weg zu einer "Theorie der Regionalität": Die Region als Forschungsobjekt der Geographie. In: Brunn, G. (Hrsg.): Region und Regionsbildung in Europa. Baden-Baden, S. 44-68
- Blum, U. (1998): Alterung der Bevölkerung und Innovation. In: Grünheid, E. & Höhn, C. (Hrsg.): Demographische Alterung und Wirtschaftswachstum. Wiesbaden, S. 54-68 (= Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, 29)
- Bortz, J. & Döring, N. (2002): Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 3. Aufl., Berlin
- Brake, K. (2007): "Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse" und Wirkungskräfte der Raumstrukturierung. In: Raumforschung und Raumordnung, 65. Jg., H. 3, S. 175-185
- Bucher, H. (2004): Entwicklungsperspektiven ländlicher Räume in Deutschland. In: Bröckling, F., Grabski-Kieron, U. & Krajewski, C. (Hrsg.): Stand und Perspektiven der deutschsprachigen Geographie des ländlichen Raumes. Vorträge und Ergebnisse eines Workshops am 27. u. 28. Mai 2004 in Münster. Münster, S. 7-12 (= Arbeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft Angewandte Geographie Münster, 35)
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2006): ESPON Atlas. Mapping the structure of the European territory. Bonn
- Danielzyk, R. (1999): Zur Neuorientierung der Regionalforschung – ein konzeptioneller Beitrag. Oldenburg (= Wahrnehmungsgeographische Studien zur Regionalentwicklung, 17)
- Doubek, C. & Hiebl, U. (2001): Soziale Infrastruktur, Aufgabenfeld der Gemeinden. Wien (= Österreichische Raumordnungskonferenz, Schriftenreihe, 158)
- Dror, Y. (1968): Public Policymaking Reexamined. Scranton, Pennsylvania
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2004): Fact Sheet: Neue Perspektiven für die Entwicklung des ländlichen Raumes in der EU. Luxemburg
- Europäische Kommission, GD Regionalpolitik (Hrsg.) (2008): Arbeiten für die Regionen. EU-Regionalpolitik 2007-2013. Brüssel
- European Commission (2007): Europe's demographic future: Facts and figures on challenges and opportunities. Luxemburg

- Flick, U. (1999): *Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften*. 4. Aufl., Reinbek bei Hamburg
- Frey, R. & Brake, C. (2005): Von A wie Abfallbeseitigung bis Z wie Zoo. In: *Das Parlament*, Nr. 1/2 vom 03./10.01.2005
- Gans, P. (2006): Die regionale Vielfalt des demographischen Wandels in Europa. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 64. Jg., H. 3, S. 200-205
- Grabski-Kieron, U. & Knieling, J. (1994): Aktivierung endogener Potentiale für die Entwicklung europäischer Regionen. In: *Petermanns Geographische Mitteilungen*, Jg. 138, H. 3, S. 161-170
- Grabski-Kieron, U. & Krajewski, C. (2007): Ländliche Raumentwicklung in der erweiterten EU. In: *Geographische Rundschau*, Jg. 59, H. 3, S. 12-19
- Grabski-Kieron, U. & Löwer, M. (2007): Auswirkungen der Regionalentwicklung auf die Gesundheitswirtschaft. In: George, W. & Bonow, M. (Hrsg.): *Regionales Zukunftsmanagement. Band 1: Gesundheitsversorgung*. Lengerich, S. 74-90
- Grabski-Kieron, U. (2005): Raumforschung, Raumordnung und räumliche Planung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Schenk, W. & Schliephake, K. (Hrsg.): *Allgemeine Anthropogeographie*. Gotha, S. 665-725
- Grundgesetz (GG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2006 (BGBl. I S. 2034)
- Haacke, E. (2005): Mäuse zählen, Streichliste auspacken. In: *Das Parlament*, Nr. 1/2 vom 03./10.01.2005
- Hahne, U. (2005): Zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 63. Jg., H. 4, S. 257-265
- Haug, P. (2004): Sinkende Einwohnerzahlen und steigende Kosten für kommunale Leistungen. In: *Wirtschaft im Wandel*, 10. Jg., H. 11, S. 306-312
- Heiland, S, Regener, M. & Stutzriemer, S. (2005): Auswirkungen des demographischen Wandels auf Umwelt- und Naturschutz. In: *Raumforschung und Raumordnung*, 63. Jg., H. 3, S. 189-198
- Just, T. (2003): Demografie lässt Immobilien wackeln. Frankfurt a. M. (= Deutsche Bank Research, Aktuelle Themen – Demografie Spezial, 283)
- Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, H. 37, S. 3-7
- Knieling, J. (2000): *Leitbildprozesse und Regionalmanagement*. Frankfurt a. M./ Berlin (= Beiträge zur Politikwissenschaft, 77)
- Kocks, M. (2004): Infrastruktur und demographischer Wandel: Die Anpassung managen. In: *LEADER Forum*, Jg. 7, H. 2, S. 25-27
- Koziol, M. (2004): Folgen des demographischen Wandels für die kommunale Infrastruktur. In: *Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften*, 43. Jg., H. 1, S. 69-83
- Kromrey, H. (2002): *Empirische Sozialforschung*. 10. Aufl., Opladen
- Lamnek, S. (2005): *Qualitative Sozialforschung*. 4. Aufl., Weinheim

- Lang, T. & Tenz, E. (2003): Von der schrumpfenden Stadt zur Lean City. Prozesse und Auswirkungen der Stadtschrumpfung in Ostdeutschland und deren Bewältigung. Dortmund (= Stadt Umbau, 1)
- Lanzieri, G. (2006): Langfristige Bevölkerungsvorausschätzung auf nationaler Ebene. In: Bevölkerung und soziale Bedingungen, H. 3, S. 1-7
- Lanzieri, G. (2007): Langfristige regionale Bevölkerungsprojektionen. Unterschiedliche Auswirkungen der Überalterung auf die EU-Regionen. In: Bevölkerung und soziale Bedingungen, H. 28, S. 1-11
- Leinhos, S. (2003): Bevölkerungsrückgang mit Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur, dargestellt am Beispiel Kindertageseinrichtungen und Schulen in Thüringen. In: Müller, B. & Siedentop, S. (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels Teil 1: Schrumpfung – Neue Herausforderungen für die Regionalentwicklung in Sachsen/ Sachsen-Anhalt und Thüringen. Hannover, S. 53-67 (= Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Arbeitsmaterial, 303)
- Löwer, M. (2006a): Demographischer Wandel in Westfalen als Herausforderung für die Kommunalplanung - Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturentwicklung im Kreis Steinfurt. In: Heineberg, H. (Hrsg.): Westfalen regional. Münster, S. 82-83 (= Siedlung und Landschaft in Westfalen 35)
- Löwer, M. (2006b): Fallstudienuntersuchung: Betreuungs- und Bildungsinfrastrukturentwicklung in ländlichen Kommunen mit schrumpfender und alternder Bevölkerung. In: Landentwicklung aktuell, 12. Jg., H. 1, S. 37-38
- Löwer, M. (2008): Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen durch Anpassungsstrategien an die Auswirkungen des demografischen Wandels. In: Gottwald, M. & Löwer, M. (Hrsg.): Demografischer Wandel – Herausforderungen und Handlungsansätze in Stadt und Region. Münster (in Druckvorbereitung) (= Arbeitsberichte der Arbeitsgemeinschaft Angewandte Geographie Münster e.V., 40)
- Maretzke, S. (2006): Regionale Disparitäten – eine bleibende Herausforderung. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9, S. 473-484
- Mayer, H. (2002): Interview und schriftliche Befragung. Entwicklung, Durchführung und Auswertung. München
- Meuser, M. & Nagel, U. (1991): ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Garz, D. & Kraimer, K. (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen, S. 441-471
- Ministerkonferenz für Raumordnung (Hrsg.) (2003): Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. Entschließung der 31. Ministerkonferenz für Raumordnung am 13. Oktober 2003 in Berlin. Berlin

- Mönnecke, M. (2001): Evaluation in der Planung. In: Fürst, D. & Scholles, F. (Hrsg.): Handbuch Theorien + Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund, S. 373-384 (= Handbücher zum Umweltschutz, 4)
- Pohl, J. (1998): Qualitative Verfahren. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Methoden und Instrumente räumlicher Planung. Handbuch. Hannover
- Reimer, W. (2007): Politik für Ländliche Räume am Beginn der neuen Förderperiode 2007-2013. In: Landentwicklung aktuell, 13. Jg., H. 1, S. 5-9
- Schiller, G. & Siedentop, S. (2005): Infrastrukturfolgekosten der Siedlungsentwicklung unter Schrumpfungsbedingungen. In: DISP, H. 160, S. 83-93
- Scholles, F. (2001): Die verbal-argumentative Bewertung. In: Fürst, D. & Scholles, F. (Hrsg.): Handbuch Theorien + Methoden der Raum- und Umweltplanung. Dortmund, S. 285-292 (= Handbücher zum Umweltschutz, 4)
- Schönig, W. (2003): Weniger, älter, bunter. Konsequenzen des demographischen Wandels für die Kommunalpolitik. Bonn (= Konrad-Adenauer-Stiftung, Materialien für die Arbeit vor Ort, 26)
- Stiens, G. (1992): Regionale Entwicklungspotentiale und Entwicklungsperspektiven. In: Geographische Rundschau, Jg. 44, H. 2, S. 139-142
- Thoss, R. (1984): Potentialfaktoren als Chance selbstverantworteter Entwicklung der Regionen. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 1/2, S. 21-27
- Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20.9.2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER). Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L277/1 vom 21.10.2005
- Vertrag über die Europäische Union (EUV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Februar 1992 (ABl. Nr. C 191 S. 1)
- Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EGV) in der Fassung des Vertrags von Amsterdam in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Oktober 1997 (ABl. Nr. C 340 S. 1)
- Wessel, K. (1996): Empirisches Arbeiten in der Wirtschafts- und Sozialgeographie. Paderborn
- Winkel, R. (2002): Schrumpfung und ihre siedlungsstrukturelle Wirkungen. In: Raumplanung, H. 101, S. 99-103
- Wollmann, H. (2000): Evaluierung und Evaluierungsforschung von Verwaltungspolitik und -modernisierung – zwischen Analysepotential und -defizit. In: Stockmann, R. (Hrsg.): Evaluationsforschung. Grundlagen und ausgewählte Forschungsfelder. Opladen, S. 195-231 (= Sozialwissenschaftliche Evaluationsforschung, 1)

